

DIE LINKE. Landesverband Berlin, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

**Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.**

Per Mail an: keul@digev.de

**Sebastian Koch**  
Landesgeschäftsführer  
**Landesvorstand Berlin**  
Kleine Alexanderstraße 28  
10178 Berlin  
Telefon +49 30 / 24 00 93 01  
Telefax +49 30 / 24 00 92 60  
sebastian.koch@dielinke.berlin  
www.dielinke.berlin

Berlin, den 24. Januar 2023

***Betr. Wahlprüfstein von Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.***

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlichen Dank für die Erstellung und Zusendung des Wahlprüfsteins von Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.

Im Folgenden finden Sie die Antworten der Partei DIE LINKE. Berlin.

**1. Berlin hat bisher keine Städtepartnerschaft mit einer israelischen Stadt. Werden Sie dies ändern und welche Stadt würden Sie favorisieren?**

Antwort:

Eine Städtepartnerschaft Berlins mit einer israelischen Stadt in Ergänzung zu den neun bereits bestehenden Partnerschaften von Berliner Bezirken mit israelischen Städten würden wir grundsätzlich befürworten, dies setzt aber zunächst eine Verstärkung der bislang zu niedrig angesetzten in der Senatskanzlei für Städtepartnerschaften zur Verfügung stehenden Mittel voraus. Kurzfristig sollte die angemessene Pflege der bereits bestehenden Städtepartnerschaften Vorrang vor der Einrichtung zusätzlicher Partnerschaften haben. Zudem hat nach unserer Kenntnis die Stadt Tel Aviv signalisiert, dass ihrerseits momentan kein Interesse am Abschluss neuer offizieller Städtepartnerschaften besteht, wohl aber an vielfältigen, inhaltsorientierten Beziehungen zu Berlin und Berliner Akteur\*innen.

**2. Sollte Berlin stärker mit israelischen Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren und welche konkreten Vorschläge haben Sie dazu?**

Antwort:

Berliner Einrichtungen der Kultur und der Wissenschaft kooperieren auf vielfältige Weise mit Partnerinstitutionen in Israel. Im Bereich der Wissenschaft kooperiert bspw. die Freie Universität mit der Tel Aviv University. Mit der Hebrew University of Jerusalem besteht seit über 10 Jahren eine strategische Partnerschaft. Die Wahl ihrer Kooperationspartner sollten die Berliner Institutionen auch in Zukunft frei und eigenverantwortlich treffen. DIE LINKE. Berlin begrüßt einen engen

kulturellen und wissenschaftlichen Austausch mit israelischen Akteur\*innen. Den leider regelmäßig grassierenden Boykottaufrufen israelfeindlicher und antisemitischer Kampagnen erklären wir eine klare Absage und setzen dagegen auf Dialog und internationalen Austausch.

**3. Im Mai jährt sich die Gründung des Staates Israel zum 75. Mal. In welcher Form werden Sie sich dafür einsetzen, dass dieses Ereignis auch in Berlin angemessen gewürdigt wird?**

Antwort:

DIE LINKE. Berlin begrüßt, dass für das Land Berlin insbesondere die Berliner Landeszentrale für politische Bildung das Thema „75. Jahrestag Staatsgründung Israel“ aufgreift und zusammen mit der DIG Berlin-Brandenburg am 28.4.23 den Israeltag in größerer Form begehen und zu dem Thema auch zusätzliche schulische Angebote für Lehrkräfte und Schulleitungen bereitstellen wird. Auch die Planungen der Senatskanzlei für eine im Herbst vorgesehene Reise der Regierenden Bürgermeisterin bzw. des Regierenden Bürgermeisters nach Israels anlässlich des 75-jährigen Jubiläums der Staatsgründung Israels findet unsere Unterstützung. Weitere eigenständige Aktivitäten von Berliner Institutionen der Kultur, der Wissenschaft, des Sports etc. sind zu begrüßen und zu unterstützen.

**4. Immer wieder kommt es in Berlin zu antisemitischen Vorfällen: Schmierereien, Bedrohungen, Angriffe. Was werden Sie tun, um Polizei, Staatsanwaltschaft und Zivilgesellschaft dagegen zu stärken?**

Antwort:

Der Senat, die Generalstaatsanwaltschaft und die Polizei haben jeweils Antisemitismusbeauftragte benannt, deren Tätigkeit wir unterstützen. Zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Antisemitismus werden projektbezogen gefördert. Um eine institutionelle Förderung z.B. des Monitorings antisemitischer Vorfälle gewährleisten zu können, arbeiten wir an der Entwicklung eines Demokratie-Förderungs-Gesetzes.

**5. An den Schulen grassiert neuer, oft unbedachter, israelbezogener Antisemitismus. Was werden Sie speziell im Bildungsbereich tun, um junge Menschen dagegen immun zu machen?**

Antwort:

DIE LINKE. Berlin setzt sich konsequent für eine Schule ohne Antisemitismus, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung ein. Einen zentralen Baustein zu deren Bekämpfung sehen wir in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften, Erzieher\*innen und Schulsozialarbeiter\*innen. Sie müssen bereits im Studium, aber auch während ihres Berufslebens in die Lage versetzt werden, angemessen und entschieden mit Diversität und Diskriminierungen umzugehen – das gilt selbstverständlich insbesondere auch für den Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Und sie müssen für eigene Vorurteilsstrukturen sensibilisiert werden, um diskriminierungsfreie Bildungsangebote unterbreiten und alle Kinder und Jugendlichen gleichermaßen adäquat in ihrer Entwicklung begleiten zu können. Ein weiterer Baustein ist die Arbeit mit den Kindern und Jugendlichen selbst: Im Rahmen der Verhandlungen zu den Doppelhaushalten 2020/21 und 2022/23 hat die rot-rot-grüne bzw. rot-grün-rote Koalition die Mittel für Antidiskriminierung und

Prävention im Schulbereich deshalb deutlich ausgebaut. Gleiches gilt für die Mittel für Gedenkstättenfahrten und internationale Jugendbegegnungen. DIE LINKE. Berlin wird sich dafür einsetzen, die Unterstützung der geförderten Bildungs- und Präventionsprogramme zu verstetigen und bedarfsentsprechend weiter auszubauen. Darüber hinaus wollen wir die in der vergangenen Wahlperiode geschaffenen Antidiskriminierungsstrukturen – genannt seien insbesondere das LADG und der neue Bürger- und Polizeibeauftragte – stärken und weiterentwickeln. Perspektivisch streben wir weiterhin die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle für den Bildungsbereich an. Im Doppelhaushalt 2022/23 wurden dafür bereits Mittel eingestellt. Die linksgeführte Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung arbeitet unter Hochdruck an einem Konzept, das auch von der Zivilgesellschaft mitgetragen wird. Im nächsten Schritt gilt es die bestehenden und neuen Strukturen besser aufeinander abzustimmen. Dazu gehört auch die bereits 2016 eingerichtete Stelle des\*r Antidiskriminierungsbeauftragten bei der Senatsbildungsverwaltung, die dringend neu besetzt und in ihren Strukturen gestärkt werden muss.

**6. Bei den so genannten Al-Quds-Demonstrationen wird alljährlich Israel-Hass und Antisemitismus verbreitet. Werden Sie dafür sorgen, dass diese Demonstration in Berlin künftig verboten wird und werden Sie das Verbot durchsetzen?**

Antwort:

Demonstrationsverbote müssen immer anhand konkreter Einzelheiten, Vorfälle und Prognosen erfolgen. Die Al-Quds-Demonstrationen haben in der Vergangenheit erhebliche antisemitische Straftaten und Störungen des öffentlichen Friedens hervorgerufen. Auf dieser Grundlage kann die Versammlungsbehörde ein Verbot prüfen und ggf. durchsetzen. Falls ein Verbot nicht wirksam erfolgen kann, muss der zivilgesellschaftliche Gegenprotest gestärkt werden. Als Partei DIE LINKE. Berlin unterstützen wir den zivilgesellschaftlichen Protest gegen die Al-Quds-Demonstrationen.

Mit freundlichen Grüßen



Sebastian Koch